

ENTSCHLIESSUNG DES RATES

vom 27. November 2003

über die Bedeutung der Rolle der Familien bei der Prävention des Drogenmissbrauchs bei Jugendlichen

(2004/C 97/02)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung vom 10. und 11. Dezember 1999 in Helsinki die Drogenbekämpfungsstrategie der Europäischen Union (2000—2004) gebilligt, die alle Tätigkeiten der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Drogenbekämpfung umfasst und die wesentlichen Ziele dieser Strategie festlegt. Zu diesen Zielen zählt eine deutliche Senkung der Inzidenz drogenbedingter Gesundheitsschäden sowie der Zahl drogenbedingter Todesfälle über einen Zeitraum von fünf Jahren.
- (2) Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung in Santa Maria da Feira im Juni 2000 den Aktionsplan der Europäischen Union zur Drogenbekämpfung (2000—2004) gebilligt, der ein entscheidendes Instrument zur Umsetzung der Drogenbekämpfungsstrategie der Europäischen Union (2000—2004) in etwa einhundert konkrete Maßnahmen darstellt, die eine wirksame integrierte und multidisziplinäre Antwort auf das Drogenproblem bieten.
- (3) Die vorerwähnte Strategie steht im Einklang mit der politischen Erklärung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die diese auf ihrer außerordentlichen Tagung zum Thema Drogen im Juni 1998 verabschiedet hat.
- (4) In ihrer Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat über den Aktionsplan der Europäischen Union zur Drogenbekämpfung (2000—2004) hat die Kommission als bestmögliche Strategie einen umfassenden Ansatz vertreten, der alle Bereiche der Prävention des Drogenmissbrauchs abdecken sollte, von der Warnung vor dem ersten Gebrauch bis zur Verringerung der negativen gesundheitlichen und sozialen Folgen.
- (5) Das Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Suchtprävention innerhalb des Aktionsrahmens im Bereich der öffentlichen Gesundheitsprogramme hat Projekte unterstützt, die der Prävention und der Verringerung der drogenbedingten Risiken dienen, insbesondere durch Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, durch Unterstützung ihrer Maßnahmen und der Koordination zwischen ihren jeweiligen Politiken und Programmen. Das Programm hat dazu beigetragen, Informations-, Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen zu verbessern, die auf die Verhütung von Drogenabhängigkeit und den damit verbundenen Risiken — insbesondere bei Jugendlichen und besonders anfälligen Bevölkerungsgruppen — ausgerichtet sind.
- (6) Der Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit (2003—2008) schließt die Erarbeitung von Strategien und Maßnahmen zur Drogenabhängigkeit ein, die als eine mit der Lebensführung zusammenhängende wesentliche Gesundheitsdeterminante gilt.
- (7) Der Forschung zufolge ist von Krankheiten und Todesfällen im Zusammenhang mit Drogen eine beträchtliche Anzahl europäischer Bürger betroffen, und die drogenbedingten Gesundheitsschäden sind somit, auch aufgrund ihrer sozialen Folgen, ein schwerwiegendes Problem für das öffentliche Gesundheitswesen.
- (8) Die Europäische Union kann die Bemühungen der Mitgliedstaaten bei der Prävention und Verringerung der drogenbedingten Risiken dadurch unterstützen, dass die Kenntnisse über wirksame Strategien leichter verfügbar gemacht werden.
- (9) Aus der Halbzeitbewertung des Drogenaktionsplans der EU (2000—2004) haben sich auf der Ebene der Mitgliedstaaten folgende Kernpunkte ergeben:
 - Die Koordinierung der Drogenpolitik zwischen den verschiedenen staatlichen Stellen und mithin zwischen den Initiativen der Gemeinschaft, den Programmen der Sozialdienste sowie den präventiven Tätigkeiten der Schule und der Familie wird von allen Mitgliedstaaten als wichtiges Thema anerkannt.
 - Die Koordinierungskonzepte weichen entsprechend den unterschiedlichen Zielen sowie der Priorität, welche dem Drogenproblem in den einzelnen Mitgliedstaaten jeweils eingeräumt wird, und je nach Struktur und Verwaltungsorganisation des betreffenden Landes voneinander ab.
 - Die meisten Mitgliedstaaten haben einen nationalen Drogenplan und/oder eine nationale Drogenstrategie verabschiedet.
 - Viele nationale Aktionspläne wurden in Anlehnung an die Grundsätze des Aktionsplans der EU entwickelt.
- (10) Aus der Halbzeitbewertung des EU-Drogenaktionsplans (2000—2004) hat sich ergeben, dass auf EU-Ebene weitere Fortschritte erzielt werden müssen, unter anderem in Bezug auf die Entwicklung einer Strategie zum Ausbau der Zusammenarbeit mit der Bürgergesellschaft im Drogenbereich.
- (11) Der Familie kommt bei der umfassenden Aufklärung der Jugendlichen und der Erziehung zu einer verantwortungsbewussten Lebensführung eine wichtige Rolle zu.

- (12) UNTER BERÜCKSICHTIGUNG des Umstands, dass die Entwicklung von Schutz- und Risikofaktoren in Bezug auf einen frühen Drogenkonsum von der Familie abhängt, und dass dabei dem Gefühl der Zugehörigkeit zur Familie, der Anteilnahme der Eltern am Leben ihrer Kinder und dem Maß an Zuwendung, das Kinder während der frühen Kindheit genießen, eine wichtige Rolle zukommt,
- (13) IN ANBETRACHT einer Erhebung der EBDD speziell mit dem Ziel der Erfassung von Daten zur Prävention unter Einbeziehung der Familie und der Gemeinschaft sowie zu frühzeitigen Interventionen, und in Anerkennung dessen, dass es unbedingt notwendig ist, die Programme in diesem Bereich zu bewerten und bestehende Erfahrungen miteinander zu vergleichen,
- (14) UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der ständig wachsenden Zahl wissenschaftlicher Erkenntnisse, wonach die Familie durch eine geeignete Schulung zur Verbesserung der relationalen Fähigkeiten, zur Korrektur von Verhaltensweisen und zur besseren Organisation des Familienlebens in die Präventionsprogramme einbezogen werden muss,
- (15) IN DER BESORGNIS darüber, dass ein Mangel an korrekten Informationen über Drogen und konfuse Vorstellungen über die angebliche Unschädlichkeit bestimmter psychoaktiver Stoffe, die in der Freizeit konsumiert werden, die Eltern dazu verleiten können, die Risiken zu unterschätzen, welche das frühzeitige Experimentieren mit Drogen durch Jugendliche mit sich bringt —
- BETONT, WIE WICHTIG ES IST,
1. sich die Bedeutung von Verfahren der Risikobewertung vor Augen zu führen, mit denen die Risikofamilien, die frühen Formen von Verhaltensstörungen sowie die Strategien zur frühzeitigen Intervention ermittelt werden können, wobei Eltern — einschließlich der Eltern von Vorschulkindern — in gezielte Präventionsprogramme einzubeziehen wären, die darauf abstellen, Risikoverhalten und Drogenkonsum in späteren Jahren zu verringern;
 2. die lokalen Institutionen und die Schulen dafür zu sensibilisieren, auf Präventionsprogramme hinzuwirken, in die die Familie — und insbesondere die Risikofamilie — einbezogen wird und die darauf abzielen, die Schutzfaktoren in der Kindheit und der frühen Jugend, die Anteilnahme der Eltern am Leben ihrer Kinder, eine angemessene Erfolgskontrolle, klare Verhaltensnormen innerhalb der Familie und positive Elternmodelle zu fördern;
 3. dem Familienmilieu besondere Aufmerksamkeit zu widmen und in diesem Zusammenhang die Programme für eine entsprechende Schulung der Eltern auszubauen, da der Mangel an Unterstützung durch die Familie und eine unzulängliche elterliche Kompetenz bewirken können, dass sich Verhaltensstörungen entwickeln, die zum Konsum von Drogen führen;
 4. verschiedene Informationsstrategien zu entwickeln, um den Eltern dabei zu helfen, ein etwaiges Risikoverhalten und Frühphasen des Drogenkonsums bei Jugendlichen rechtzeitig festzustellen;
 5. die Beteiligung der Familien an den schulischen Aktivitäten und die Schaffung von stabilen Kontakten zwischen den Familien und den für Sozialarbeit zuständigen Stellen durch gemeinsame Schulungsprogramme zu fördern und zu ermutigen, um Synergien bei den erzieherischen Maßnahmen in Bezug auf Risikoverhalten zu ermöglichen;
 6. die Forschungsarbeiten in Bezug auf die bereits laufenden Strategien und Programme sowie in Bezug auf die Konzipierung von neuen allumfassenden Programmen und von Strategien für die Schaffung von Kontakten und die Einbeziehung der Familien zu analysieren und zu vertiefen, damit insbesondere Risikofamilien, in denen die Eltern oder Geschwister Drogen konsumieren oder psychische und Verhaltensstörungen aufweisen, Unterstützung finden können;
 7. die Entwicklung von innovativen Strategien zu fördern, die darauf abzielen,
 - die Eltern in die Ausbildungs-, Freizeit-, Spiel- und Sportaktivitäten der Kinder einzubeziehen, indem Gelegenheiten zum Beisammensein geboten werden, die eine starke pädagogische Komponente aufweisen und auf eine Zusammenarbeit zwischen Vereinen sowie amtlichen und privaten Stellen der Sozialarbeit ausgerichtet sind;
 - Kontakte zu Risikofamilien oder Eltern von suchtgefährdeten Minderjährigen herzustellen, indem Hausbesuche organisiert sowie Mittel und Wege der Selbsthilfe und andere präventive, erzieherische und therapeutische Konzepte entwickelt werden;
 - sozio-ökonomisch benachteiligte Familien zu unterstützen und eine bessere soziale Integration dieser Familien zu ermöglichen;
 8. zu diesem Zweck eine Bestandsaufnahme der Methoden und Instrumente durchzuführen, die am besten geeignet sind, die Rolle der Familie bei der Prävention des Drogenmissbrauchs bei Jugendlichen zu stärken und zusammen mit der EBDD einen Informationsaustausch der Mitgliedstaaten über bewährte Praktiken in diesem Bereich anzuregen;
 9. dafür zu sorgen, dass die Information, die Beratung und die Schulung, die Eltern angeboten wird, bei ihren Bedürfnissen, ihrem Bildungsniveau und ihrer ethnischen Herkunft ansetzt und auf geeigneten Kommunikationsstrategien beruht.